



Presseschau vom 19.10.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

Norman Lewis: Das heimliche Daten-Schleppnetz von Google im Dienste der Behörden: Eine beunruhigende Entwicklung

Die unabsichtliche Veröffentlichung von Gerichtsdokumenten hat offenbart, dass die US-Regierung beunruhigend häufiger als bisher angenommen richterliche Anordnungen an Google aushändigt. Mit diesen wird der Internetgigant aufgefordert, Daten über jeden bereitzustellen und herauszugeben, der bestimmte Suchbegriffe in die Suchmaschine von Google eingegeben hat. ...

<https://kurz.rt.com/2p1g>

de.rt.com: Polizei räumt Demonstration von Triester Hafenmitarbeitern mit Wasserwerfern

Die italienische Polizei hat Wasserwerfer und Tränengas gegen Hafenmitarbeiter in Triest eingesetzt, die gegen die seit Freitag geltende 3G-Pflicht am Arbeitsplatz demonstrierten. Schätzungen zufolge sind etwa 40 Prozent der Hafenmitarbeiter nicht gegen COVID-19 geimpft. ...

<https://kurz.rt.com/2p4i>

Kani Tuyala: Der "neue Wettlauf um Afrika" (Teil 1): Russlands Rückkehr

Die Zeiten des "Afrika-Pessimismus" gehören der Vergangenheit an – und längst ist ein

"neuer Wettlauf um Afrika" entbrannt. Parallel dazu fördert auch Russland seit einigen Jahren wieder seine Beziehungen zu den Staaten Afrikas. Das Potential ist enorm. ...

<https://kurz.rt.com/2p3t>

Dagmar Henn: Hans-Böckler-Stiftung: Corona-Zweifel führen zu Verschwörungsmythen

Laut einer Umfrage der Hans-Böckler-Stiftung unter Erwerbstätigen in Deutschland fürchten 43 Prozent der Befragten, dass die Grundrechtseinschränkungen nicht wieder aufgehoben werden. Das sollte Anlass zum Nachdenken über die Maßnahmen geben. Stattdessen wird nachgedacht, was mit den Befragten nicht stimmt. ...

<https://kurz.rt.com/2p44>

Susan Bonath: Bleibt 2G für immer? Gesetz ermöglicht das auch ohne Notstand

Gesundheitsminister Jens Spahn stellte das Ende der epidemischen Notlage in Aussicht. Etliche Maßnahmen, darunter auch Gesundheitsnachweise für gesellschaftliche Teilhabe, seien dennoch fortzuführen. Und das ist nach dem geänderten Infektionsschutzgesetz auch möglich. ...

<https://kurz.rt.com/2p58>

abends/nachts:

de.rt.com: Die NATO übt in Südeuropa Atombombenabwürfe

Jedes Jahr gibt es das Manöver "Steadfast Noon". Dieses Jahr findet es über Südeuropa statt. Bis zu 50 Flugzeuge aus 14 Ländern üben den Abwurf von Atombomben. US-Atombomben, an denen diese Länder "teilhaben" dürfen. Deutsche Tornados aus Büchel sind auch wieder mit dabei.

"Standhafter Mittag", so heißt die jährliche NATO-Übung "Steadfast Noon" übersetzt, die heute über Südeuropa beginnt. Es ist das einzige Manöver, zu dem die NATO keine genaueren Informationen veröffentlicht. In der Erklärung der NATO selbst steht nur, dass die Übung eine Woche dauert und dass 14 Länder daran teilnehmen werden:

"Diese Übung hilft, zu gewährleisten, dass die nukleare Abschreckung der NATO sicher, geschützt und effektiv bleibt."

Ziel des Manövers ist es, den Abwurf von Atomwaffen zu üben. Aus Deutschland sind daran üblicherweise Tornados des Fliegerhorsts Büchel beteiligt, weil auch der Abwurf der im Rahmen der "nuklearen Teilhabe" dort gelagerten US-Atombomben mit geübt wird. Die Flüge selbst finden allerdings nach Aussage der NATO ohne Munition statt.

Davor wird an den Standorten geübt, die Atommunition aus den Bunkern zum Flugzeug zu transportieren und zu montieren. Die B-61-Gefechtsköpfe, die in Büchel gelagert sind, sollen demnächst durch B 61-12 ersetzt werden; aus diesem Grund wird Büchel gerade umgebaut. Die Kosten für den Umbau betragen 256 Millionen Euro; die neuen Bomben, die lenkbar und programmierbar sein sollen, sollen zehn Milliarden Euro kosten.

Dieser Teil des Manövers dürfte in Nörvenich, wohin die Flugzeuge aus Büchel während des Umbaus verlagert sind, bereits stattgefunden haben. Über die Flüge der Tornado-Piloten während des Manövers spöttelte das Netzwerk Friedenskooperative: "Die Tornado-Piloten der Bundeswehr müssen vor allem üben, nach den simulierten Abwürfen wieder schnell davonzufiegen, um den Folgen des Bombenabwurfs im Ernstfall entgegen zu können."

Kathrin Vogler, Bundestagsabgeordnete der Linken, hatte das Vorgängermanöver aus dem Jahr 2019 so kommentiert: "Die USA üben mit der Bundeswehr sowie niederländischen, italienischen und polnischen Streitkräften, wie man einen Atomkrieg in Europa führt. Käme es dazu, würden Millionen Menschen sterben und kein Stein bliebe auf dem anderen." Dieses Jahr forderte sie mit Verweis auf den UN-Vertrag für das Verbot von Atomwaffen, die Teilnahme der Bundeswehr abzusagen.

Im vergangenen Jahr, als der Schwerpunkt des Manövers in Deutschland lag, hatte die NATO erstmals die Existenz bestätigt. Damals hatte die Sprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa erklärt, die NATO-Einrichtungen sollten ihre Möglichkeiten nutzen, um den Europäern klarzumachen, was da auf ihrem Gebiet geübt wird. "Sie könnten sogar ein paar Bilder und Grafiken und Computergrafiken zeigen, damit die Europäer eine bessere Vorstellung bekommen, welche Art von Angriffen da auf ihrem Gebiet geübt wird." Und auch sie übte grundsätzliche Kritik an der Durchführung dieser Manöver: "Die US-Praxis von Übungen, die mit der Vorbereitung und Nutzung von Atomwaffen durch das Personal der Streitkräfte von Staaten einhergehen, die solche Waffen nicht besitzen, ist eine offene und schamlose Verletzung der Artikel 1 und 2 des Vertrags über die Nichtverbreitung von Atomwaffen, die die Tragfähigkeit dieses Vertrages ernstlich untergräbt."

Das Manöver mit bis zu 50 Flugzeugen wird noch eine Woche lang andauern.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.10/article/616d9f9348fbef5ab143d445.jpg>

Telegram-Kanal der Vertretung der DVR im GZKK: Wie bereits mitgeteilt wurde, fand heute mit Unterstützung und Beteiligung der Vertretung der DVR im GZKK ein **technisches Treffen der Führung des Donezker Büros der OSZE-Mission mit der bevollmächtigten Vertreterin der Republik** Natalja Nikonorowa statt.

Im Ergebnis der Erörterung wurde Einvernehmen über die Notwendigkeit der Wiederaufnahme des Monitorings der Einhaltung der von den Seiten gewährten Sicherheitsgarantien während der Rotation der Arbeitsschichten an der Donezker Filterstation und der Wasiljewker Pumpstation durch die Mission erzielt.

Diese Maßnahme ist notwendig, um eine Wiederholung der Vorfälle mit der Gefangennahme von Mitarbeitern des GZKK zu verhindern, die zweimal am Tag die Arbeitsschichten der Station unter anderem auf der Straße, entlang der Positionen der BFU sind, begleiten.

Außerdem wurden bei dem Treffen allgemeine Fragen der Versorgung der im Hotel „Park Inn“ blockierten Mitarbeiter der OSZE-Mission erörtert.

Die Vertreter der Republik äußerten die Überzeugung, dass die ukrainische Seite morgen ihre Beteiligung an dem außerplanmäßigen Treffen der Arbeitsgruppe zu Fragen der Sicherheit bestätigen wird, bei dem unter aktiver Vermittlung der OSZE-Mission konkrete Schritte zur Rückkehr des rechtswidrig festgehaltenen Beobachters der LVR im GZKK in der derzeitigen Zusammensetzung erarbeitet werden.

Wir merken an, dass die Rotation der Arbeitsschichten an der Donezker Filterstation und der Wassiljewskaja-Pumpstation in Begleitung von Vertretern des GZKK unter Monitoring nur einer Patrouille der OSZE-Mission erfolgten, die sich auf dem von den BFU kontrollierten Territorium befand, was zusätzliche Risiken für alle an dem Prozess Beteiligten schuf.

snanews.de: **Moskau nennt Bedingung für Wiederaufnahme des Dialogs mit Nato**

Die Nato soll laut dem stellvertretenden Leiter der russischen Delegation im Ersten Ausschuss der UN-Generalversammlung, Andrej Beloussow, ihre Eindämmungsstrategie gegenüber Moskau aufgeben und Schritte zur Deeskalation unternehmen, um den Dialog mit Russland zu ermöglichen.

Es werde für Russland schwierig sein, mit der Nato im Dialog zu bleiben, solange die Allianz an der Eindämmungsstrategie gegen Moskau festhalte, sagte Beloussow am Montag in einer Sitzung des Ausschusses.

Er verwies darauf, dass die Nato ihr militärisches Potenzial ständig ausbaue und ihre Militäroperationen an der russischen Grenze intensiviere.

Beloussow betonte, dass man jetzt „Schritte zur Verbesserung der Situation“ unternehmen sowie „gewissenhaft Vereinbarungen, einschließlich des Wiener Dokuments“ einhalten müsse. „Zusätzliche freiwillige Transparenzmaßnahmen“ seien auch sinnvoll.

„Wir schlagen vor, Maßnahmen zur Deeskalation, unter anderem zur gegenseitigen Reduzierung der militärischen Aktivitäten entlang der Grenze zwischen Russland und den Nato-Staaten, zu vereinbaren und die Mechanismen zur Verhinderung von Zwischenfällen und gefährlichen militärischen Aktivitäten zu verbessern“, sagte Beloussow.

Russland-Politik der Nato bleibt stabil

Die Nato bedauert laut ihrer Sprecherin Oana Lungescu Moskaus Entscheidung, die Zusammenarbeit zwischen Russland und dem Bündnis einzustellen.

Der Sprecher des US-Außenministeriums, Ned Price, erklärte, die Russland-Politik der Nato bleibe konsequent. Dazu zähle unter anderem „Reaktion auf russische Aggression“, während man jedoch „die Tür für einen bedeutsamen Dialog“ offen lasse.

Krise in Nato-Russland-Beziehungen

Russlands Außenminister Sergej Lawrow erklärte am Montag, Russland werde ab dem 1. November die Arbeit seiner ständigen Vertretung bei der Nato einstellen. Auch die Arbeit des militärischen Hauptvertreters in Moskau sowie des Informationsbüros der Allianz solle gestoppt werden.

Lawrow sagte weiter, dass es jetzt keine Kommunikation zwischen den Parteien über das Militär gebe. Einer der Botschafter der Nato-Mitgliedstaaten in Moskau könnte im Notfall nach Ermessen der Allianz Verbindung mit Russland aufnehmen, fügte das Außenministerium hinzu.

Zuvor hatte die Nato acht Mitarbeitern der russischen ständigen Vertretung in Brüssel die Akkreditierung entzogen und die Maximalgröße der russischen Vertretung von 20 auf zehn Personen reduziert. Die Entscheidung wurde nicht erklärt. Moskau werde „nicht mehr so tun, als wären in naher Zukunft Veränderungen in den Beziehungen möglich“, sagte Lawrow.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/06/17/2597942_0:179:3323:2048_1920x0_80_0_0_6ea9f

c4bc2ab8a004de6e555cd106f64.jpg

vormittags:

de.rt.com: **Russland steigert Kohlelieferungen an Indien angesichts weltweiter Energieknappheit**

Indiens Führung versucht der Energiekrise im Land entgegenzuwirken. Vergangene Woche vereinbarte man in Moskau eine fünffache Steigerung der Kohlelieferungen. Das Abkommen soll Anreize für Unternehmen beider Staaten schaffen, die Kooperation auszubauen.

Das russische Energieministerium und das indische Ministerium für Stahlindustrie haben vergangene Woche eine Vereinbarung unterzeichnet, die eine Erhöhung der russischen Kokskohlelieferungen an Indien auf 40 Millionen Tonnen pro Jahr vorsieht. Das Abkommen wurde auf dem Forum Russische Energiewoche, das vom 13. bis 15. Oktober in Moskau stattfand, unterzeichnet.

Nach Angaben des russischen Energieministers Nikolai Schulginow liefert Russland derzeit rund acht Millionen Tonnen Kohle aller Art an das südasiatische Land.

Das Abkommen soll auch Anreize für Unternehmen in Russland und Indien bei der Erschließung von Kohlevorkommen, der Entwicklung von Kohlelogistik und -infrastruktur, der Förderung von Forschung und Entwicklung sowie der Aus- und Weiterbildung in der Kohleindustrie schaffen.

Indien, der drittgrößte Kohleimporteur der Welt, kämpft derzeit mit einer Kohleknappheit, die zu einer Energiekrise geführt hat. Rund 70 Prozent der Stromerzeugung des Landes entfallen auf Kohle. In den meisten indischen Kohlekraftwerken sind die Lagerbestände angesichts der wachsenden Stromnachfrage kritisch niedrig.

Die wachsende Kluft zwischen den steigenden internationalen und inländischen Kohlepreisen hat in den vergangenen Monaten auch zu einem drastischen Rückgang der Einfuhren geführt.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.10/article/616d1e6c48fbef1fdc29932e.JPG>

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 18. Oktober 2021 wurden drei Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

Solotoje-5, Kalinowoka und Sokolniki wurden mit Granatwerfern (2 Granaten), 82mm-Mörsern (2 Geschosse) und Schützenpanzern (10 Schüsse) beschossen.

Infolge des Beschusses auf Kalinowka **starb ein Soldat der Volksmiliz der LVR.**

Informationen über Verletzte unter der Zivilbevölkerung und Zerstörungen werden noch ermittelt.

de.rt.com: **Moskau: Glauben an US-Demokratie schwindet, weil US-Bürger das**

Vertrauen in ihre Eliten verlieren

Die wachsende Desillusionierung in der US-Demokratie kann nicht auf russische Einflussnahme geschoben werden, meint die Pressesprecherin des russischen Außenministeriums. Washington müsse sich dem mangelnden Vertrauen der eigenen Bürger in die Politiker stellen.

In einer am Sonntag veröffentlichten Erklärung sagte die Sprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa, dass "die Bedrohung der US-amerikanischen Demokratie nicht von autoritären Regimen ausgeht, wie es manchmal in Mode ist zu behaupten, sondern vom Misstrauen der eigenen Bürger". Es herrsche zunehmend der Eindruck, "dass alles, was die politische Elite und die globalen Informationsmonopole in den USA sagen, eine Lüge ist".

Die Diplomatin verwies auf eine Umfrage, die letzte Woche von der Universität Chicago und dem NORC Center for Public Affairs Research der Associated Press veröffentlicht wurde und das Ausmaß des Misstrauens verdeutlicht. Die Umfrage ergab, dass "fast alle" US-Amerikaner die Verbreitung von Fehlinformationen für problematisch halten. Die große Mehrheit ist der Meinung, dass es sich dabei um ein hausgemachtes Problem handelt. In der Umfrage unter mehr als 1.000 US-Bürgern gaben 77 Prozent an, dass die sozialen Medien die Verbreitung von Fehlinformationen fördern, während 72 Prozent die Politiker dafür verantwortlich machten. Im Gegensatz dazu glaubt etwas mehr als die Hälfte, dass Russland und China für die Desinformation verantwortlich seien. Sheila Kohanteb vom NORC-Forschungsteam stellte fest:

"Die US-Amerikaner geben eher US-Politikern, Social-Media-Unternehmen und Social-Media-Nutzern die Schuld an der Verbreitung von Fehlinformationen als ausländischen Regierungen."

"Die Ergebnisse zeigen, dass die Öffentlichkeit die Verbreitung von Fehlinformationen für ein Problem hält, das die US-Regierung, Unternehmen und Einzelpersonen angehen müssen." Laut Sacharowa zeigt dies, dass der anhaltende Fokus des Westens auf "russische Trollfabriken, RT-'Propaganda' und chinesische Cyberkräfte" fehl am Platz ist. Sie fügte hinzu:

"Dies ruiniert die gesamte konzeptionelle Grundlage, auf der die westliche Russophobie aufgebaut ist."

"Es ist sogar riskant, Behauptungen über Kreml-Hacker aufzustellen, denn wenn etwas gehackt wurde, dann ist es die Moral des US-amerikanischen Establishments."

Angebliche russische Desinformation wurde im Westen für alles Mögliche verantwortlich gemacht – vom Wahlsieg des ehemaligen US-Präsidenten Donald Trump im Jahr 2016 bis hin zur großen Skepsis gegenüber COVID-19-Impfstoffen in der Bevölkerung.

Facebook-Whistleblowerin Sophie Zhang behauptete Anfang des Jahres, dass sich die Aufmerksamkeit der Medien unverhältnismäßig stark auf angebliche russische Informationskriegspläne konzentriere, anstatt auf die Verbreitung von Fake News im Inland. Die Existenz der Anti-Impf-Bewegung auf Russland zu schieben, würde Präsident Wladimir Putin "zu viel Ehre einbringen [...] die Fehlinformationen kommen aus dem eigenen Haus".



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.10/article/616e63c6b480cc3090153a22.JPG>

Lug-info.com: In der LVR sind am 19. Oktober um 9:00 16.453 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt. Davon wurden bis 12.056 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen. Seit Beginn der Pandemie gibt es 1920 Todesfälle.

snanews.de: **Südkorea vermeldet Raketenstart durch Nordkorea – Japan legt Protest ein**
Nordkorea hat am Dienstag nach Angaben der südkoreanischen Militärs eine ballistische Kurzstreckenrakete in Richtung Japanisches Meer abgefeuert. Das teilte die südkoreanische Agentur Yonhap unter Verweis auf einen Sprecher des nationalen Sicherheitsrates mit. In diesem Zusammenhang bekundete Japan Nordkorea seinen Protest.

Wie es weiter heißt, hat Nordkorea den Raketenstart vorgenommen, während die Atomgesandten Südkoreas, der Vereinigten Staaten und Japans in Washington die Stabilisierung der Situation und die Wiederherstellung von Frieden auf der koreanischen Halbinsel erörtern.

Seoul rief laut dem Blatt Pjöngjang dazu auf, demnächst zu einem Dialog zurückzukehren, um Frieden auf der Halbinsel zu schaffen.

Die Rakete wurde nach Angaben der gemeinsamen Stabschefs der Republik Korea JCS aus Gewässern östlich von Sinpo, einer Stadt an der Nordostküste, in der Provinz South Hamgyong nach Osten abgefeuert. Demnach erfolgte der Start um 10:17 Uhr Ortszeit. Wie die Agentur Yonhap unter Verweis auf eine Quelle in den JCS mitteilte, hat die Kurzstreckenrakete eine Strecke von 430 bis 450 Kilometer in einer maximalen Höhe von 60 Kilometern zurückgelegt. Die Quelle schließt zudem nicht aus, dass ein U-Boot als Startplattform für die Rakete verwendet worden sein könnte. Vorerst liegen keine weiteren Details vor.

„Die Geheimdienste Südkoreas und der Vereinigten Staaten führen derzeit eine gründliche Analyse in Bezug auf zusätzliche Informationen durch“, geht aus einer Pressemitteilung der JCS hervor, die der Agentur vorliegt.

Japan berichtet von zwei Raketenstarts

Indes erklärte der japanische Premierminister, Fumio Kishida, dass Nordkorea zwei Starts vorgenommen habe. Die japanischen Behörden gehen laut Kishida davon aus, dass Nordkorea am Dienstag zwei ballistische Raketen gestartet habe. Es besteht zurzeit keine Gefahr für Fischerboote im Japanischen Meer, sagte Kishida gegenüber Journalisten.

„Nordkorea hat zwei ballistische Raketen gestartet“, zitierte die japanische Agentur Kyodo Kishida.

Japan-USA-Telefonat

Nach dem Raketenstart durch Nordkorea hat nach Angaben der Agentur ein Telefongespräch zwischen ranghohen Vertretern der japanischen und der US-amerikanischen Regierung stattgefunden.

Die Seiten hätten Pjöngjangs Raketentests diskutiert und vereinbart, in dieser Richtung weiter zusammenzuarbeiten. Weder Details des Gesprächs noch Namen seiner Teilnehmer wurden mitgeteilt.

Wie die japanische Küstenwache mitteilte, ist die Rakete um 10.38 Uhr Ortszeit (03.38 Uhr MESZ) niedergegangen. Der genaue Ort wurde nicht präzisiert.

Japan legt Protest ein

Im Zusammenhang mit den Raketenstarts hat die japanische Regierung der DVRK Protest bekundet, wie der stellvertretende Generalsekretär des Kabinetts, Yoshihiko Isozaki, auf einer Pressekonferenz in Tokio mitteilte.

„Solche Starts sind eine Verletzung der Resolutionen des UN-Sicherheitsrats. Das ist sehr bedauerlich. In diesem Zusammenhang haben wir über diplomatische Kanäle Protest bekundet“, sagte er laut der Agentur Kyodo.

Anfang Oktober gab Nordkorea zu, den Test einer neu entwickelten Flugabwehrrakete durchgeführt zu haben. Der Test wurde laut der staatlichen Agentur KCNA von der Akademie für Verteidigungswissenschaft abgehalten und zielte darauf ab, die Funktionsfähigkeit der Abschussvorrichtung, des Radars und des Allzweck-Kommando-Kampffahrzeuges sowie die umfassende Leistungsfähigkeit der Rakete zu bestätigen.

Pjöngjang sind laut den Resolutionen des UN-Sicherheitsrats alle Aktivitäten im Bereich der ballistischen Raketen untersagt.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0a/13/4012270_0:0:2362:1330_1920x0_80_0_0_4dbc2b20c5976fc3cf8e3185bc801b91.jpg

Mzdnr.ru: Am 18. Oktober wurden in der DVR 2345 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 1108 positiv, bei 96 Patienten wurde die Diagnose Covid-19 klinisch gestellt.

Am 19. Oktober um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 76.749 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

12.336 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 58.452 als gesund entlassen, es gibt 5961 Todesfälle.

In den letzten 24 Stunden wurden 422 Fälle von Lungenentzündung entdeckt, 40 mehr als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 147 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt sind 3930 Personen mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 1752 mit Sauerstoffunterstützung (+114 in den letzten 24 Stunden).

Insgesamt wurden seit dem 18. März 2021 2255 Patienten entdeckt, die bereits eine Covid-19-Erkrankung durchgemacht hatten.

de.rt.com: **Russlands Waren-Exporte 2021 auf Rekordniveau**

Exporte aus Russland erreichen dieses Jahr neue Höhen. Dabei handelt es sich nicht um den bloßen Verkauf von Rohstoffen wie Gas oder Öl, sondern um produzierte Waren. Der Warenexport in die EU steigt deutlich an.

Bis zum Jahresende werden Russlands Exporte, die nicht auf unverarbeiteten Rohstoffen oder Energie basieren, einen Rekordwert von 180 Milliarden US-Dollar erreichen. Das teilte die Chefin des Russischen Exportzentrums Weronika Nikischina Reportern am Rande des Eurasischen Frauenforums mit. Sie erklärte:

"Nach Schätzungen des Russischen Exportzentrums beliefen sich die Exporte, die nicht auf Rohstoffen oder Energie basieren, in den ersten neun Monaten des Jahres 2021 nominal auf rund 135 Milliarden US-Dollar, was einen Anstieg von fast 40 Prozent gegenüber 2020 bedeutet."

Nikischina fügte hinzu, dass der Wert dieser Exporte schon im Oktober den Wert für das gesamte Jahr 2020 – rund 141 Milliarden US-Dollar – übertreffen wird. Die Beamtin fügte hinzu:

"Bis zum Ende des Jahres werden die Exporte des Landes, die nicht aus Rohstoffen und Energie bestehen, einen neuen historischen Rekord erreichen – sie könnten sich auf 180 Milliarden US-Dollar belaufen."

Als wichtigste Exportgüter im September nannte sie Walzstahl, Düngemittel, Weizen, Stahl, Platinoide, Holz, Aluminium, Fisch, Kupferdraht, Turbomotoren und Polymere.

Nikischina hob hervor, dass die Produktkategorien für das Jahr repräsentativ sind und "die Liste der wichtigsten Exportgüter sich langsam verändert – dies ist ein charakteristisches Merkmal aller großen Exporteure".

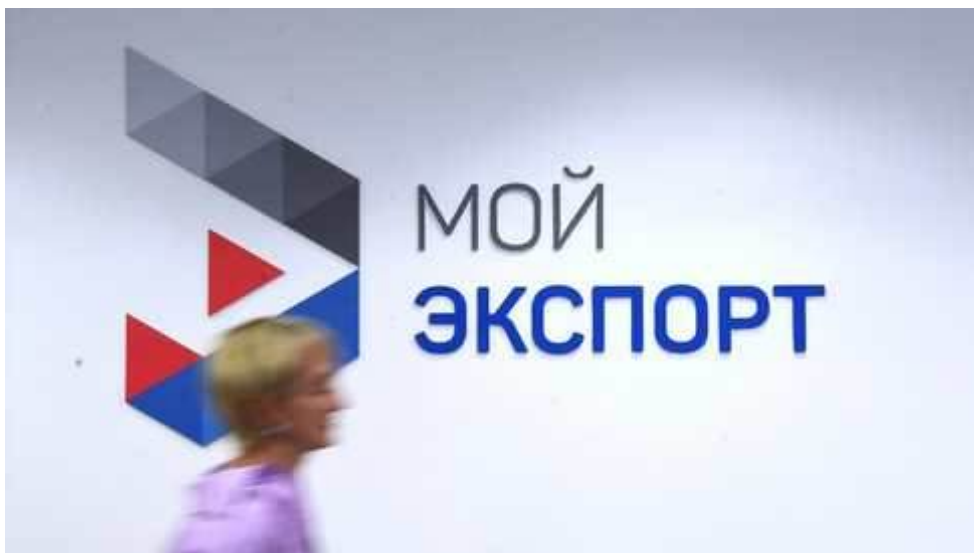
Nach Angaben des Pressedienstes des Russischen Exportzentrums ist Gold von der Berechnung der Nicht-Rohstoffexporte ausgeschlossen.

EU-Importe russischer Waren steigen trotz Sanktionen

Der Wert der gesamten russischen Exporte in die EU von Januar bis August 2021 erreichte 109,7 Milliarden US-Dollar, womit Russland der drittgrößte EU-Exporteur bleibt. Dies geht aus den Daten der europäischen Statistikbehörde Eurostat hervor. Das Volumen der russischen Exporte stieg im Berichtszeitraum um 48,7 Prozent gegenüber dem gleichen Zeitraum im Jahr 2020 auf 73,7 Milliarden US-Dollar.

Russlands Ausfuhren in die EU stiegen trotz der im Jahr 2014 verhängten und seither mehrfach ausgeweiteten Sanktionen weiter an. In diesem Zeitraum setzte die EU die Verhandlungen über eine visafreie Regelung mit Russland aus und brachte ein neues Basis-Kooperationsabkommen ins Stocken. Brüssel untersagte außerdem einer Reihe russischer Beamter die Einreise in die EU und frof deren Vermögenswerte ein.

Als Reaktion auf diese Maßnahmen erließ Russland Einfuhrbeschränkungen für eine Reihe von Lebensmitteln aus der EU. Die Maßnahmen wurden von Bürgern und Unternehmen sowohl in Russland als auch in der EU kritisiert und lösten eine Welle von Protesten unter den europäischen Landwirten aus.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.10/article/616d49dc48fbef5ad3511d49.jpg>

nachmittags:

de.rt.com: **Nach Feuertreffen in Beirut: Nasrallah warnt vor einem von außen geförderten Bürgerkrieg**

In einer Fernsehansprache warf der Hisbollah-Chef dem Anführer der libanesischen rechtsorientierten Partei (FL) Samir Geagea vor, versucht zu haben, einen neuen Bürgerkrieg im Libanon anzuzetteln. Nach der letzten schweren Schießerei in Beirut verriet Nasrallah am Montag zum ersten Mal, dass seine militante Gruppe über 100.000 ausgebildete Kämpfer verfüge.

Vor dem Hintergrund der schweren Feuertreffen in Beirut am 14. Oktober hielt der Hisbollah-Generalsekretär Hassan Nasrallah am Montagabend eine Fernsehansprache. Bei heftigen Feuertreffen während Protesten gegen den Ermittlungsrichter im Prozess der Explosionskatastrophe im Beiruter Hafen wurden mindestens sechs Menschen getötet. Dabei kam es zum heftigen Schusswechsel zwischen muslimischen Schiiten und Christen in der Hauptstadt. Die Szenen und Bilder erinnern an die Straßengefächte des Bürgerkriegs während 1975 und 1990. Die Gewalt brach aus, als unbekannte Scharfschützen aus einem Gebäude in einem überwiegend von Christen bewohnten Stadtviertel auf die Hisbollah-Anhänger schossen.

Nach dieser schweren Schießerei verriet Nasrallah am Montag zum ersten Mal, dass seine militante Gruppe über 100.000 ausgebildete Kämpfer verfüge. Er offenbare diese Kampfkraft, um einen Krieg zu verhindern, "nicht um mit einem Krieg zu drohen".

Es sei schwierig, die Zahl von 100.000 Kämpfern zu überprüfen, da die Hisbollah weitgehend eine geheime Organisation sei. "Wenn das stimmt, wäre die Hisbollah größer als die libanesischc Armee, die auf etwa 85.000 geschätzt wird", kommentiert AP.

In seiner Rede warf Nasrallah dem Chef der rechtsorientierten christlichen Partei FL (Forces Libanaises, "Libanesischc Kräfte"), Samir Geagea, vor, in Libanon einen Bürgerkrieg entfachen zu wollen.

"Die größte Bedrohung für die Christen im Libanon und die Sicherheit der christlichen Gemeinschaft ist die FL", sagte Nasrallah. Der Hisbollah-Chef beschuldigte die FL, dass die christlich-maronitische Partei die Heraufbeschwörung eines neuen Bürgerkrieges zum Ziel habe, indem sie auf Geheiß von USA und Israel sowie einigen Golfstaaten die Hisbollah zu einem Feind im Libanon machen wolle. Während "unser Hauptkrieg gegen die zionistischen Besatzer geführt wird", versuche FL-Chef Geagea, die Hisbollah fälschlicherweise als Gegner der libanesischen Christen darzustellen.

Nasrallah machte FL außerdem den Vorwurf, die rechtsorientierte christliche Partei die Al-Nusra-Front und die Dschihadisten im Libanon und in Syrien unterstützt zu haben. Al-Mayadeen zufolge betonte er in seiner Ansprache, die Hisbollah habe seinerzeit die Christen beim Aufstand islamistischer Terrorgruppen in Arsal verteidigt, bevor die libanesische Armee überhaupt eingriff. Nasrallah rief auch in Erinnerung, dass libanesische Christen an der Seite der Hisbollah gegen Terroristen und Dschihadisten in Syrien zum Schutz der syrischen Christen kämpften.

In einem Interview mit MTV Lebanon reagierte der Anführer der libanesischen Kräfte, Geagea auf Nasrallahs Äußerungen. Er wies den Vorwurf zurück, die FL hätte die Terrorgruppen IS und Al-Nusra-Front unterstützt.

Geagea führte während des Bürgerkriegs 1975-1990 die christliche Miliz der "Libanesischen Kräfte" und verbrachte mehr als ein Jahrzehnt im Gefängnis. Er wurde nach einer Amnestie im Zuge des Abzuges Syriens aus dem Libanon im Jahr 2005 freigelassen. Geagea fährt einen anti-syrischen Kurs in der politischen Landschaft des Libanon.

Die FL unter Geagea steht unter Verdacht, in die blutige Schießerei in Beirut involviert gewesen zu sein, indem die Gruppe Scharfschützen eingesetzt habe, die von umliegenden Gebäuden im Stadtteil Tayouneh auf die Hisbollah-Demonstranten vor dem Justizpalast schossen. Die schiitische Hisbollah hatte zu Protesten aufgerufen, die sich gegen Tarek Bitar richteten. Dieser leitet derzeit die Untersuchungen im Fall der Explosionskatastrophe im Beiruter Hafen. Die Freie Patriotische Bewegung, deren Anhänger überwiegend aus der christlichen Bevölkerung des Libanon rekrutiert werden, machte auch Geagea für die Eskalierung der Lage bei den jüngsten Feuergefechten in Beirut verantwortlich.

Bei den FL handelt es sich um eine maronitisch-christliche politische Partei sowie eine ehemals von Israel unterstützte Milizgruppe während des Bürgerkriegs 1975–1990. Am 6. Juni 1982 marschierten israelische Besatzungstruppen im Südlibanon unter dem Vorwand ein, von dort aus agierende muslimische Milizen zu bekämpfen. Die FL kooperierte zwar nicht offiziell mit der israelischen Armee, es bestanden aber inoffizielle Kontakte, wobei einige FL-Verbände auch von Israel militärisch ausgebildet wurden.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.10/article/616e81e448fbef60c540b6eb.JPG>

de.rt.com: **Russland wird in Wirtschaft und Handel künftig auf den US-Dollar verzichten**
Die russische Regierung hat im letzten Jahrzehnt beträchtliche Anstrengungen unternommen, um die russische Wirtschaft zu entdollarisieren. Laut dem stellvertretenden Außenminister plant Moskau, in der Wirtschaft des Landes schrittweise auf den Dollar zu verzichten. Die russische Regierung plant, ihre bewährte Politik zum schrittweisen Verzicht auf die US-Währung in der Wirtschaft des Landes fortzusetzen, so der stellvertretende Außenminister Alexander Pankin.

Dem Minister zufolge können alle Transaktionen, die über das US-Finanzsystem abgewickelt werden, von Washington nach eigenem Ermessen blockiert werden, während die Androhung antirussischer Sanktionen weiterhin aktuell ist.

"Es besteht also kein Zweifel daran, dass es sinnvoll ist, weiter daran zu arbeiten, den Anteil des Dollars an den nationalen und internationalen Reserven sowie seine Verwendung im Zahlungsverkehr mit ausländischen Partnern zu verringern", sagte Pankin laut Interfax. Der Beamte fügte hinzu, dass der US-Dollar auf lange Sicht durch andere ausländische Währungen und digitale Vermögenswerte ersetzt werden könnte. Er räumte jedoch ein, dass die Abschaffung des US-Dollars mit "gewissen Kosten für Unternehmen und staatliche Finanztransaktionen" verbunden ist.

Zuvor hatte Kremlsprecher Dmitri Peskow erklärt, dass Russlands Bemühungen um die Abschaffung des US-Dollars ein kontinuierlicher Prozess seien, der auch in vielen anderen Ländern stattfindet. Laut Peskow ist der Hauptgrund dafür die tiefe Besorgnis über die Zuverlässigkeit des US-Dollars als Weltleitwährung.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.10/article/616e9e48b480cc05a51fdc82.jpg>

Telegramm-Kanal des Außenministeriums der LVR: **Die Ukraine hat die vereinbarte Sitzung der Arbeitsgruppe zu Fragen der Sicherheit zum Scheitern gebracht**

Um 12:23 Uhr haben wir von Herrn Čevik eine Mitteilung über die Absage der vereinbarten außerplanmäßigen dringenden Sitzung der Arbeitsgruppe erhalten: „Um 11:06 Uhr (nach osteuropäischer Sommerzeit) hat der Vertreter der Ukraine in der Arbeitsgruppe zur Sicherheit Herr Polischtschuk sich telefonisch mit dem Koordinator der Arbeitsgruppe zu Sicherheit in Verbindung gesetzt und erklärt, dass die Delegation der Ukraine keine Zustimmung zur Durchführung einer außerplanmäßigen Sitzung der Arbeitsgruppe zu Fragen der Sicherheit heute geäußert hat. Angesichts des Fehlens eines Konsens zur Einberufung einer Sitzung werden außerplanmäßige Konsultationen der Arbeitsgruppe zur Fragen der Sicherheit nicht stattfinden“.

Es ist bemerkenswert, dass gegen 10:50 Uhr eine Bestätigung der Bereitschaft zur Teilnahme an einer außerplanmäßigen dringenden Sitzung heute am 19. Oktober von 13 bis 15 Uhr von ausnahmslos allen Mitgliedern der Arbeitsgruppe vorlag.

So entzieht sich die Ukraine nicht nur der Erörterung dringender Fragen der Regelung, sondern verhält sich auch äußerst unzuverlässig, zeigt klar ihre Missachtung gegenüber den anderen Verhandlungsteilnehmern.

Aber wie sich die Ukraine auch einem Dialog entziehen mag, sie wird eine Antwort auf die Frage zur Gefangennahme unseres Beobachters im GZKK geben müssen.

Wir haben unsere Vorschläge erneuert und rufen eine außerplanmäßige Sitzung der Arbeitsgruppe für morgen ein.

Wladislaw Dejnego, Außenminister der LVR, Bevollmächtigter Vertreter der LVR bei den Minsker Verhandlungen

(Eine entsprechende Erklärung zur Unterstützung der LVR wurde auch von der Außenministerin der DVR abgegeben; Anm. d. Übers.)

de.rt.com: **Von der Leyen bringt schwere Sanktionen gegen Polen ins Spiel**

Der Konflikt zwischen Warschau und Brüssel zieht sich schon seit einigen Jahren hin. Hintergrund ist eine Justizreform in Polen. Anfang des Monats kam es zu einer weiteren Zuspitzung, nachdem das polnische Verfassungsgericht den Vorrang der Landesverfassung vor EU-Recht verkündet hatte.

Die Präsidentin der Europäischen Kommission Ursula von der Leyen hat erklärt, Brüssel werde es nicht zulassen, dass Polen die Werte der EU "gefährdet". In einer Rede vor EU-Parlamentariern in Straßburg sagte von der Leyen, dass das jüngste Urteil des polnischen Verfassungsgerichts eine Bedrohung für die Grundprinzipien der Union darstelle. Die Rechtsstaatlichkeit sei die Grundlage für die Zusammenarbeit in der EU.

Die EU-Kommissionspräsidentin sei "zutiefst besorgt". Sie brachte ein weiteres Vertragsverletzungsverfahren ins Spiel und erwog, die Kürzung der EU-Mittel an Polen anzustreben. Auch ein Verfahren gemäß Artikel 7 des EU-Vertrages, das bis hin zur Suspendierung der EU-Mitgliedschaft gehen kann, sei möglich.

Einen Tag zuvor hatte der polnische Premierminister Mateusz Morawiecki einen Brief an die EU-Staats- und Regierungschefs geschickt, in dem er versuchte, deren Unterstützung für Polens anhaltenden Streit mit Brüssel zu gewinnen. Der Premierminister sagte, Warschau habe im Interesse aller EU-Mitgliedstaaten gehandelt.

Morawiecki hatte geschrieben:

"Wir sollten besorgt sein über die allmähliche Umwandlung der Union in ein Gebilde, das aufhört, ein Bündnis freier, gleicher und souveräner Staaten zu sein, und stattdessen zu einem einzigen, zentral verwalteten Organismus wird, der von Institutionen geleitet wird, die der demokratischen Kontrolle durch die Bürger der europäischen Länder entzogen sind."

Er fügte hinzu, dass Warschau "keiner Erpressung" nachgeben werde.

Der anhaltende Streit zwischen Brüssel und Warschau begann, nachdem Warschau beschlossen hatte, sein Justizsystem zu reformieren. Die regierende Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) erklärte, die Änderungen seien notwendig, da das alte System unter Korruption und einer Mentalität aus der Zeit des Kommunismus leide.

Die Europäische Union hatte die von Warschau angestrebten Reformen scharf kritisiert und erklärt, dass sie gegen die demokratischen Standards der EU verstoßen würden, da sie die Unabhängigkeit der Gerichte untergraben und sie für politische Einflussnahme öffnen würden.

Die Justizreform hatte auch innerhalb Polens Kritik hervorgerufen. Liberale Gegner des Projektes organisierten Massenproteste gegen die Regierung.

Der Konflikt erreichte Anfang dieses Monats einen neuen Höhepunkt, als das polnische Verfassungsgericht entschied, dass wichtige Artikel der EU-Verträge mit den Gesetzen des Landes unvereinbar sind und polnische Gesetze daher Vorrang vor EU-Gesetzen haben. Das Urteil löste eine scharfe Rüge seitens der EU-Staats- und Regierungschefs aus, und die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, versprach, mit allen Mitteln gegen Polen vorzugehen. Deutschland, das wirtschaftliche Kraftzentrum der EU, erklärte, es habe der Kommission seine "volle Unterstützung" für mögliche Maßnahmen gegen Warschau zugesagt.

Es ist nicht klar, wie Brüssel auf das Urteil reagieren wird, aber Berichten zufolge kann es Wirtschaftshilfen in Milliardenhöhe zurückhalten, die den EU-Mitgliedstaaten helfen sollen, sich von der Finanzkrise zu erholen, die durch die Coronavirus-Pandemie verursacht wurde. Der Streit zwischen Polen und Brüssel hat auch die Befürchtung geweckt, dass Warschau dem Beispiel des Vereinigten Königreichs folgen und aus der EU austreten könnte. Frankreich erklärte, dass "Polexit" nun ein "De-facto-Risiko" darstelle. Der polnische Premierminister

Mateusz Morawiecki hat ein solches Szenario kategorisch zurückgewiesen und die Berichte als "Fake News" und "Lügen" bezeichnet.

Die Oppositionsparteien in Polen argumentieren jedoch, dass die Anti-EU-Rhetorik der Verbündeten des Premierministers – des stellvertretenden PiS-Vorsitzenden Ryszard Terlecki und des Abgeordneten Marek Suski – ein Zeichen dafür sei, dass ein Polexit möglich ist. Terlecki sagte, Warschau müsse "nach drastischen Lösungen suchen", wenn sich der Streit mit der EU verschärfe, während Suski sagte, Großbritannien habe gezeigt, dass "die Diktatur der Brüsseler Bürokratie" durch einen Austritt aus der EU besiegt werden könne.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.10/article/616e9e63b480cc05421dc31d.jpg>

de.rt.com: **Russlands Vizeaußenminister: Terroristische Präsenz in Syriens Idlib nicht akzeptabel**

Schon lange ist die militant-islamistische Hochburg Idlib, die faktisch unter der Schutzhoheit der Türkei steht, ein Dorn im Auge von Damaskus und Moskau. Offenbar erhöht nun Russland zumindest rhetorisch den Druck, um diese Situation abzuändern.

Der russische Vizeaußenminister Oleg Syromolotow hat in einem Interview mit der Nachrichtenagentur TASS erklärt, dass Terroristen in der syrischen Provinz weiterhin Zivilisten als menschliche Schutzschilde nutzen würden. Dieser Zustand sei nicht akzeptabel, mahnte er:

"Die Terroristen nehmen Zivilisten in Idlib als menschliche Schutzschilde, greifen Stellungen der Syrischen Arabischen Armee an und versuchen ständig, den russischen Stützpunkt in Hmeimim mit Drohnen anzugreifen, was wir natürlich nicht akzeptieren können, und unsere Partner wissen das."

Russland habe einen wichtigen Beitrag bei der "Besiegung des internationalen Terrorismus" in Syrien gespielt, so Syromolotow. Terroristen würden aber weiterhin in andere Regionen infiltrieren, was eine "ernste Bedrohung der internationalen Sicherheit" darstelle.

Er beklagte sich, dass der Nahe Osten und Nordafrika unter einer bedrohlichen Destabilisierung leiden würden. Es gebe einen Zuwachs an Herausforderungen für die regionale und die internationale Sicherheit. Er fügte hinzu:

"Erschwerend kommt hinzu, dass sich die Terroristen darauf konzentrieren, junge Menschen in den Ländern, in die sie zurückkehren zu sabotieren und zu rekrutieren."

Die allgemeine Lage werde durch den Ausbruch der Corona-Pandemie sowie den Rückzug der Vereinigten Staaten aus Afghanistan erschwert.

Am Sonntag hatte sich der Sondergesandte des russischen Präsidenten für Syrien, Alexander Lawrentijew, und der russische Vizeaußenminister Sergei Werschinin mit dem syrischen Präsidenten Baschar al-Assad getroffen. Zu dem Treffen erklärte das russische

Außenministerium, dass man die derzeitige Lage in und um Syrien und die Aufgaben zur Erreichung einer dauerhaften Stabilisierung vor Ort auf der Grundlage der Wiederherstellung der Souveränität und territorialen Integrität Syriens und der weiteren Bekämpfung des Terrorismus besprochen habe.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.10/article/616eb5c4b480cc05421dc354.jpg>

Armiyadnr.su: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz am 19.10.2021

In den letzten 24 Stunden wurden durch Beschuss von Seiten der ukrainischen Kämpfer auf den **Kujbyschewskij-Bezirk von Donezk** fünf Wohnhäuser beschädigt: Uliza Sewerodwinsakaj 98, 98a, 100, 102, 104 und die Donezker Mechanikwerk.

Es muss angemerkt werden, dass die ukrainische Seite im GZKK ein weiteres Mal die Anfrage nach einem Regime der Ruhe über den Koordinationsmechanismus ignorierte.

Seit Beginn des heutigen Tages wurde **eine Verletzung des Komplexes von Zusatzmaßnahmen** zur Kontrolle der Einhaltung des Regimes der Feueereinstellung von Seiten des Gegner festgestellt.

Kämpfer der 58. Brigade haben von den Positionen im Gebiet von Opytnoje aus **Spartak** mit 120mm-Mörsern beschossen und 12 Mörsergeschosse abgefeuert. Informationen über Verletzte und Schäden werden noch ermittelt.

Wir fordern von den internationalen Beobachtern der OSZE-Mission, das Ergebnis der verbrecherischen Handlungen der ukrainischen Kämpfer zu erfassen und von der Ukraine eine Einstellung des Terrors gegen die Zivilbevölkerung der Republik zu erreichen.

Es wurde entdeckt, dass in Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen fünf Stück **Waffen und Militärtechnik der BFU in der Nähe von Wohnhäusern und kommunalen Objekten** auf dem von der Ukraine kontrollierten Territorium stationiert sind.

Aus dem Bestand der 10. Gebirgssturmbrigade:

ein Schützenpanzer auf einer Gartenparzelle in Nowoluganskoje.

Aus dem Bestand der 54. mechanisierten Brigade:

eine Radarstation für den Antibatteriekampf AN/TPQ-36 auf dem Dach eines Wohnhauses in Krasnogorowka.

Aus dem Bestand der 128. Gebirgssturmbrigade:

drei Schützenpanzerwagen in der Nähe von Wohnhäusern in Lomakino.

Außerdem gefährden die Kämpfer weiter die Bevölkerung durch **Installation von Minensperren in der Nähe von allgemeinen Straßen**. So wurde uns von örtlichen Einwohnern bekannt, dass Kämpfer der 128. Brigade 13 Antipanzermine am nordwestlichen Rand von Wodjanoje installiert haben.

Die ukrainische Seite blockiert weiter die Funktion von Drohnen der OSZE-Mission. Ein weiteres Mal hat der Gegner, um die Erfassung von Verstößen von Seiten der 10., 25., 30., 54. und 128. Brigade zu verhindern, Stationen der elektronischen Kriegsführung „Bukowel-AD“

eingesetzt, um die Leitungs- und Navigationskanäle von Drohnen der OSZE-Mission in den Gebieten von Warbarowka, Roganskoje, Memrik, Lebedinskoje, Nowoandrejewka, Rajskoje, Nowobachmutowka und Archangelskoje zu blockieren.

Die ukrainischen Kämpfer unterlassen die Versuche nicht, Beschuss von Ortschaften und ihrer Positionen im vorderen Verteidigungsbereich zu fälschen, um die Öffentlichkeit von der Beteiligung der Volksmiliz zu überzeugen. Dazu zieht das ukrainische Kommando Vertreter von Massenmedien heran.

So sind am 18. Oktober im Verantwortungsbereich der 25. Brigade im Gebiet von Awdejewka Journalisten der ukrainischen Fernsehsender „ICTV“ und „1+1“ in Begleitung von Offizieren des Stabs der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ und von Einheiten für informationspsychologische Operationen eingetroffen und haben mit der Arbeit begonnen. Ziel des Besuchs ist die Erstellung inszenierter Fotos und Videos, die eine unzutreffende Vorstellung in der Öffentlichkeit über die Situation an der Kontaktlinie erzeugen sollen und die Beschuldigung der Einheiten der Volksmiliz in Bezug auf Aggressionen befördern sollen. Nach unseren Informationen haben die ukrainischen Propagandisten den örtlichen Einwohnern je 500 Griwna als Verfügung für ein Interview mit den ihnen nötigen Aussagen angeboten.

Der moralisch-psychische Zustand der Kämpfer der 10. Gebirgssturmbrigade ist mangelhaft. Nach unseren Informationen behandelt das ukrainische Kommando die Frage der Verlängerung des Aufenthalts der 10. Brigade in der Zone der Strafoperation im Zusammenhang mit Problemen der Personalausstattung der Brigade, die im Rahmen der Rotation in die OOS-Zone kommen sollen, dies hat in den Reihen der ukrainischen Kämpfer, die bisher nicht die versprochenen Zuschläge für die Teilnahme an Kampfhandlungen erhalten haben, Unzufriedenheit hervorgerufen.

Außerdem wird die interne Situation in den Einheiten der 10. Brigade durch massenhaften Alkohol und Drogenkonsum auf dem Hintergrund der Verbreitung von Informationen über die Pläne des Kommandos der OOS, nach dem Abzug der 10. Gebirgssturmbrigade in den ständigen Stationierungspunkt 400 Kämpfer des Verbandes in die 57. und 56.

Panzergrenadierbrigade zu verteilen, verschärft. Im 8. und 108. Bataillons der 10. Brigade ist Unzufriedenheit im Zusammenhang damit festzustellen, dass die „Gebirgsstürmer“ sich für die sogenannte „Elite“ halten und keinen Dienst in der gewöhnlichen Infanterie tun wollen.

snanews.de: **Kreml zu Situation mit Nato: „allein Tango zu tanzen ist nicht möglich“**

Der Kreml-Pressesprecher Dmitri Peskow hat sich zu dem Konflikt zwischen der Nato und Russland geäußert. Ihm zufolge bedeutet die Einstellung der Arbeit der russischen Vertretung bei der Allianz lediglich, dass der Stand „de facto“ zu „de jure“ formalisiert wurde.

„Wir haben wiederholt gesagt, dass allein Tango zu tanzen nicht möglich ist, und wir werden dies nicht tun“, sagte Peskow am Dienstag gegenüber Reportern.

„Es gab eigentlich keine Beziehung und keinen Dialog“, sagte er.

Peskow erinnerte daran, dass die Allianz „ihre Absicht erklärte, Russland auf jede erdenkliche Weise einzudämmen und ihre Worte mit konkreten Maßnahmen untermauerte“.

Mit der jüngsten Ausweisung russischer Diplomaten bei der Nato habe die Allianz den Bogen überspannt.

Der Kreml-Sprecher betonte, dass auch durch die Schließung des Nato-Informationsbüros in Moskau Russland in keiner Weise leiden werde. „Unser Botschafter in Brüssel wird bei Bedarf alle Fragen beantworten können“.

Russland hatte am Montag angekündigt, die Arbeit seiner Vertretung bei der Nato in Brüssel ab dem 1. November einzustellen, und zwar als Antwort auf die rigorose Halbierung des Personals seiner Vertretung bei der Nato auf Entscheidung von Nato-Generalsekretär Rasmussen. Zudem sollen auch die Tätigkeit des Nato-Informationsbüros sowie die der Nato-Militärmission in Moskau eingestellt werden. Russland reagierte damit auf eine Entscheidung

der Nato, wegen Spionageverdachts acht Mitarbeitern der russischen Nato-Vertretung in Brüssel ihre Akkreditierung zu entziehen sowie die Maximalgröße der russischen Vertretung von 20 auf zehn Personen zu reduzieren.



https://cdn1.snanews.de/img/07e4/0c/01/47645_0:159:3079:1890_1920x0_80_0_0_4f1a8a9a0c720ab075677f948a89c9dd.jpg

snanews.de: **Russland setzt Deutschland Frist für Zertifizierung von Nord Stream 2 – Stichtag 8. Januar**

Bezüglich der Zertifizierung der Gaspipeline Nord Stream 2 „liegt der Ball“ laut dem russischen EU-Botschafter Wladimir Tschischow auf der Seite von Berlin. Das Zertifizierungsverfahren soll ihm zufolge bis zum 8. Januar 2022 abgeschlossen sein. „Die Pipeline ist gebaut, ja. Das erste Rohr ist schon mit Gas gefüllt. Es bleibt noch, die Zertifizierung abzuschließen. Ich gehe davon aus, dass dieser Ball im Tor der deutschen Regulierungsbehörde liegt. Das (Zertifizierungs-)Verfahren dauert vier Monate. Der Stichtag ist der 8. Januar“, sagte Tschischow am Dienstag in einer Pressekonferenz. „Wenn sie es früher tun, ist es besser für die Endverbraucher“, betonte er.

Nord Stream 2 ist technisch startklar

Das Projekt Nord Stream 2 umfasst den Bau von zwei Strängen der Pipeline mit einer Gesamtkapazität von 55 Milliarden Kubikmetern Gas pro Jahr. Der erste Strang der Gasleitung ist nach Angaben der Nord Stream 2 AG betriebsbereit. Die Befüllung mit Gas sei abgeschlossen und somit seien die Voraussetzungen geschaffen, um den Gastransport zu starten, teilte der Pipelinebetreiber mit, ohne ein Datum für die Inbetriebnahme zu nennen. Der Gazprom-Vorstand verfolgt nach eigener Darstellung das Ziel, die Pipeline noch in diesem Jahr in Betrieb nehmen zu können. Mit der Inbetriebnahme von Nord Stream 2 könnte deutlich mehr russisches Erdgas über die Ostsee nach Deutschland zur Weiterleitung in andere EU-Staaten transportiert werden. Die Gasversorgung Europas würde noch stabiler gesichert. Allerdings steht die Betriebsgenehmigung der deutschen Behörden und der EU-Kommission für die russisch-europäische Pipeline noch aus.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0a/13/4018094_0:320:3072:2048_1920x0_80_0_0_7d606accfca7b5c20e010ec531e209be.jpg

Mil-Inr.su: Pressekonferenz des Offiziers des Pressedienstes der Volksmiliz der LVR Oberleutnant A.N. Masejkin

Nach Angaben von Beobachtern der Vertretung der LVR im GZKK wurden **in den letzten 24 Stunden drei Verletzungen des zweiten Punktes des Komplexes von Zusatzmaßnahmen** zur Verstärkung und Kontrolle des geltenden Regimes der Feueereinstellung festgestellt.

In **Richtung Debalzewo** hat ein Scharfschützenpaar aus einer Aufklärungskompanie der 30. Brigade, dass zur Durchführung provokativer Handlungen eingetroffen war, von den Positionen im Gebiet von Luganskoje aus **in Richtung unserer Positionen im Gebiet von Kalinowka** geschossen.

Infolge des Scharfschützenfeuers **starb ein Soldat der Volksmiliz der LVR**. Wir sprechen den Verwandten und Freunden des Toten unser Mitgefühl aus.

In **Richtung Popasnaja** haben Kämpfer des 1. Bataillons der 24. Brigade von den Positionen im Gebiet von von Solotoje-4 aus **Solotoje-5** mit Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

In **Richtung Slawjanoserbsk** haben Kämpfer der 57. Brigade auf Befehl des Brigadekommandeurs Mischantschuk von den Positionen im Gebiet von Krymskoje aus **Sokolniki** mit 82mm-Mörsern und Schützenpanzerwaffen beschossen. ...

de.rt.com: Selenskij: Wenn es nach von der Leyen und Michel ginge, wäre die Ukraine längst Mitglied der EU

Der ukrainische Präsident Selenskij hat gesagt, es sei sinnlos, die EU nach dem Beitritt der Ukraine zu fragen. Wenn es nach dem Willen der EU-Führung ginge, wäre die Ukraine längst der Union beigetreten. Einige EU-Mitgliedstaaten geben jedoch ihre Zustimmung nicht.

Wladimir Selenskij, der ukrainische Präsident, hat erklärt, es sei sinnlos, die EU-Führung nach dem Beitritt der Ukraine zur Union zu fragen, da die Frage nicht allein von Brüssel abhängt. In einem Interview mit dem Fernsehsender ICTV merkte der ukrainische Staatschef an:

"Es hat keinen Sinn, geschätzten Kollegen Fragen zu stellen, wenn Sie die Antwort schon im Voraus kennen. Deshalb habe ich einige Fragen weder an Frau Ursula von der Leyen noch an Charles Michel gestellt."

Wenn die Mitgliedschaft der Ukraine nur von diesen beiden Personen abhängen würde, so Selenskij, wäre die Ukraine "schon gestern in der EU gewesen". Er erinnerte daran, dass die Zustimmung der anderen Mitglieder der Union erforderlich war. Selenskij erklärte:

"27 Länder müssen sagen: Ja, wir sehen die Ukraine als Mitglied und wir haben dafür gestimmt. Ich stehe mit den Vertretern der einzelnen EU-Länder separat in Kontakt. Mit

anderen Ländern gibt es noch offene Fragen."

Kiew bereite Erklärungen mit anderen Ländern vor, um genau zu verstehen, wer bereit ist, für die Aufnahme der Ukraine in die EU zu stimmen. Nach Angaben von Selenskij hatten bisher vier von 27 Ländern ein solches Dokument unterzeichnet.

Der ukrainische Politologe Wadim Karassjow erklärte, Deutschland und Frankreich seien nicht bereit, die Ukraine in die EU und die NATO aufzunehmen, weil sie aufgrund der militärischen Stärke Kiews eine Vorherrschaft Osteuropas über Westeuropa befürchteten. Der Experte wies darauf hin:

"Deutschland und Frankreich denken so: Wenn die Ukraine Mitglied der NATO und der Europäischen Union wird, wird Osteuropa, also die Ukraine, Polen, Litauen, die baltischen Staaten, Rumänien, Bulgarien, die Slowakei und Ungarn das so genannte einheimische Europa, Westeuropa, dominieren. Dadurch ändern sich alle Bilanzen."

Selenskij ist der Ansicht, dass es ohne sein Land keine starke Europäische Union geben wird. Er sagte, die Ukraine wolle sich nicht als Gast in der EU und der NATO fühlen.

Im September hatte Josep Borrel, der Hohe Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik der EU, festgestellt, dass die ersten Monate nach der Wahl Selenskis von einer turbulenten Umsetzung lange aufgeschobener Reformen geprägt waren. Nach Ansicht vieler Beobachter habe sich der Reformprozess jedoch in letzter Zeit verlangsamt, und die Entlassung derjenigen, die die Veränderungen umgesetzt hatten, sei ein Weckruf gewesen. Dennoch glaubt Borrel, dass Selenskij noch immer eine Quelle der Hoffnung auf einen Wandel in der Ukraine ist.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.10/article/616e9ad048fbef5b9e7285a8.jpg>

snews.de: **Berlin und Paris geben Antwort auf Anfrage Russlands zum Fall Nawalny**

Deutschland und Frankreich haben auf die Anfrage Russlands in Bezug auf den Fall Nawalny geantwortet. Die ständige Vertretung Deutschlands bei der Organisation für Chemiewaffenverbot (OPCW) hat alle Vorwürfe Russlands zurückgewiesen, während die französische Vertretung jegliche Rechtshilfe für Moskau abgelehnt hat.

„Deutschland weist die absolut unbegründeten Vorwürfe Russlands entschieden zurück. Es lehnt auch nachdrücklich Versuche ab, andere Mitgliedsstaaten zu diskreditieren sowie die Professionalität und Unparteilichkeit des technischen Sekretariats in Frage zu stellen“, heißt es in dem auf der OPCW-Webseite veröffentlichten Dokument.

Die ständige Vertretung Deutschlands äußerte auch, dass die Anfrage Russlands vom 7. Oktober zum Fall Nawalny „keine Antworten auf viele Fragen enthält, die eine Gruppe von 45 Ländern an die ständige Vertretung Russlands richtete“.

Die ständige Vertretung Frankreichs bei der OPCW hat ihrerseits in ihrer Antwort an Russland besondere Aufmerksamkeit auf die an die französischen Behörden gerichtete Anfrage um

Rechtshilfe gelenkt.

„Wie wir schon mehrmals, unter anderem auch bei der 25. Konferenz der OPCW-Mitgliedstaaten verkündet haben, haben wir sie (die Anfrage – Anm.d.Red.) analysiert. Zuallererst ist Russland dafür verantwortlich, eine zuverlässige und transparente Untersuchung dieser kriminellen Handlung einzuleiten, die auf russischem Territorium gegen einen russischen Staatsbürger unter Verwendung eines von Russland entwickelten Stoffs der Nowitschok-Gruppe verübt wurde“, heißt es in dem Antwortschreiben. Bereits früher hatten die USA und weitere 44 Länder auf der OPCW-Ebene eine Fragenliste hinsichtlich des Zwischenfalls mit Nawalny an Russland gerichtet und das Land aufgefordert, binnen zehn Tagen eine Antwort zu schicken. In dem Schreiben zeigten sich die Länder besorgt über „den Mangel an Transparenz und Kooperation“ seitens Moskaus im Zusammenhang mit dem Fall Nawalny. Moskau richtete daraufhin eine Anfrage an Deutschland, Frankreich und Schweden sowie an das technische Sekretariat der genannten Organisation.

Fall Nawalny

Der Oppositionspolitiker Alexej Nawalny wurde am 20. August in ein Krankenhaus im sibirischen Omsk gebracht, nachdem er während eines Fluges nach Moskau zusammengebrochen war. Örtliche Ärzte diagnostizierten bei Nawalny schwere Stoffwechselstörungen, deren Ursache unklar war. Giftspuren wurden den Omsker Ärzten zufolge weder im Blut noch im Urin Nawalyns nachgewiesen.

Auf Drängen seiner Familie wurde Nawalny zur weiteren Behandlung in die Berliner Klinik Charité geflogen. Die Bundesregierung teilte unter Berufung auf Bundeswehr-Mediziner mit, dass bei Nawalny Spuren eines Nervengifts aus der Nowitschok-Gruppe festgestellt worden seien. Berlin zufolge wurden die Schlussfolgerungen deutscher Experten in Labors in Schweden und Frankreich bestätigt. Die Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW) führe auf Berlins Anfrage eigene Ermittlungen durch, hieß es.

Der Kreml gab bekannt, Berlin habe keine verifizierbaren Beweise zur Verfügung gestellt. Das russische Außenministerium betonte mehrmals, Russland warte auf eine Antwort Deutschlands auf die offizielle Anfrage zu der Situation. Innerhalb eines Monats wurden drei Rechtshilfeersuchen seitens Russlands an Deutschland gerichtet. Bislang gibt es keine bzw. Antworten, die von der russischen Regierung als völlig unzureichend bezeichnet werden.



https://cdn1.snews.de/img/07e5/04/15/1798488_0:103:3279:1947_1920x0_80_0_0_b4f0c320a686b118ac1bae2d630b9513.jpg

de.rt.com: **Moskau: Russland ist bereit, militärische Beziehungen zu Iran auszubauen**
Die militärischen Beziehungen zwischen Moskau und Teheran entwickeln sich dynamisch und die russische Führung ist bereit, am Ausbau dieser Kooperation festzuhalten. Dies teilte

der russische Verteidigungsminister am Dienstag mit.

Russland ist bereit, die dynamische und vielschichtige militärische Zusammenarbeit mit Iran weiterzuentwickeln. Dies sagte der russische Verteidigungsminister Sergei Schoigu am Dienstag in Moskau bei einem Treffen mit Mohammad-Hossein Bagheri, dem Generalstabschef der iranischen Streitkräfte. Er erklärte:

"Unsere Beziehungen entwickeln sich sehr dynamisch und sind vielschichtig, was unser großer gemeinsamer Kampf gegen den internationalen Terrorismus anschaulich bestätigt."

"Über die nächsten Schritte in diese Richtung gibt es viel zu diskutieren. Wir sind aber bereit, weiterhin alle Anstrengungen zu unternehmen, um die Dynamik unserer Beziehungen aufrechtzuerhalten."

Schoigu wies darauf hin, dass Russland und Iran auf dem syrischen Staatsgebiet aktiv gegen den internationalen Terrorismus vorgehen. Er hob hervor:

"In dieser Richtung können wir unsere Arbeit in verschiedenen Regionen fortsetzen und dabei berücksichtigen, dass die Situation nicht einfacher wird. Wir sprechen über Afghanistan und die Bedrohung, die heute von dieser Region ausgeht. Dies betrifft den Drogenhandel und das Auftauchen des IS in den Gebieten der Nachbarstaaten."

Laut dem russischen Verteidigungsminister wird die Situation sowohl von den aus dem Land vertriebenen Menschen als auch von den abgezogenen US-Amerikanern maßgeblich beeinflusst, die sich weiterhin aktiv an verschiedene Länder bezüglich der afghanischen Flüchtlinge wenden.

Schoigu wies außerdem darauf hin, dass die Verteidigungsbehörden Russlands und Irans in diesem Jahr ein dichtes Programm gemeinsamer Aktivitäten haben. Er schlug dem iranischen Generalstabschef vor, bei dem Treffen die wichtigsten Fragen der russisch-iranischen militärischen Zusammenarbeit zu besprechen.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.10/article/616ea44c48fbef07442ed280.jpg>